

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Zeit" und "Der Jugend-Gemisch". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— Mk., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 28.— Mk. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Dänisch, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.— Mk., für das übrige Ausland 87.— Mk.

Die bezugsfreie Nonpareil-Leserliste oder deren Raum kostet 12.— Mk. einschließlich Inzerentensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 Mk., jedes weitere Wort 1,75 Mk., einschließlich Inzerentensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk.

Bernsprecher Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Proletarier, heraus zur Demonstration!

Proletarier Berlins! Die Exekutiven der drei Internationalen in London, Wien und Moskau haben auf der gemeinsamen Konferenz in Berlin am 6. April in einer einmütigen Erklärung aufgefodert:

„Gegenüber dem Aufmarsch des internationalen imperialistischen Kapitalismus den gemeinsamen Willen des internationalen Klassenbewussten Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massendemonstration zum Ausdruck zu bringen.“

Es ist wahrlich an der Zeit, daß die internationale Einheitsfront des Proletariats hergestellt wird. Denn in allen Ländern hat es die besitzende Klasse sehr gut verstanden, die Lasten des Krieges von sich abzuwälzen und auf die Schultern des Proletariats zu legen. Millionen von Arbeitskräften sind durch die Wirtschaftskrise der Produktion entzogen. Gleichzeitig kämpfen überall die Unternehmern gegen den Achtstundentag. Wohnungsnot, Unterernährung, Krankheit, Elend, Teuerung steigen immer höher. Das Kapital fühlt sich stark, weil das Proletariat, nuceinig und zerrissen, zaudert, die unvermeidliche Abwehraktion zu beginnen.

Die internationale Berliner Konferenz hat deshalb gemeinsame Aktionen für den 20. April und den 1. Mai in Vorschlag gebracht. Der erste dieser Demonstrationstage sieht vor der Tür.

In Berlin findet

am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr

eine

Massendemonstration im Lustgarten

statt, zu der wir das gesamte Berliner Proletariat ohne Unterschied der Partei auffordern. Alle Parteidifferenzen sind bei der Durchführung dieser Demonstration auszuscheiden. Als Redner werden die von allen drei sozialistischen Parteirichtungen auf der Internationalen Konferenz in Berlin gemeinsam aufgestellten Forderungen propagieren:

Für den Achtstundentag!

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird!

Für die einheitsliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive!

Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjetrußland!

Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!

Proletarier Berlins! Erscheint in Massen! Stellt alle kleinlichen Parteibedenken zurück. Ueberwindet den Parteihader! Tretet an zu einheitslicher Aktion! Macht den Anfang mit der proletarischen Einheitsfront!

Heraus zur Demonstration!

Bere'nbarung:

Die Demonstration wird gemeinsam von der USP. und der SPD. veranstaltet. Sie findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 5 Uhr, im Lustgarten statt.

Der Aufmarsch erfolgt von den einzelnen Fabriken und Werkstätten aus, sowie auch von den von den Parteien bezeichneten Plätzen. Fahnen und Banner sind mitzubringen! Bei den Demonstrationen müssen genügend Ordner sein und alle Teilnehmer haben sich den Anordnungen zu fügen.

Jede Partei stellt sechs Redner, die mit einem Ausweis versehen sind. Die Redner sprechen an den ihnen von den Parteien zugewiesenen Plätzen, die durch Schilder kenntlich gemacht sind.

Anfang und Ende der Demonstration wird durch Trompetensignal bekanntgegeben.

Die Züge haben die Bannmeile zu beachten.

Redner der USP. sind: Dittmann, Künstler, Meier, Moses, Rosenfeld, Zubeil

Redner der SPD. sind: Gelske, Ruth Fischer, Dieck, Rosenberg, Thiede, Rosi Wolfstein

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezirk Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands

Abmarschplätze:

1. Verwaltungsbez.: Mollkenmarkt, Abmarsch 4 1/2 Uhr.
2. Verw.-Bez.: Al. Tiergarten, Abmarsch 4 Uhr.
3. Verw.-Bez.: Weddingplatz, Abmarsch 4 Uhr.
4. Verw.-Bez.: Falkplatz u. Bülowplatz, Abm. 4 Uhr.
5. Verw.-Bez.: Kottbusplatz, Abmarsch 4 Uhr.
6. Verw.-Bez.: Rottbuscher Tor, Abmarsch 4 Uhr.
7. Verw.-Bez.: Am Anie, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
8. Verw.-Bez.: Barbarossaplatz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
9. Verw.-Bez.: Schöneberg, Kaiser-Wilhelm-Platz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
10. Verw.-Bez.: Steglitz, Am Rathaus, Abmarsch 3 Uhr.
11. Verw.-Bez.: Tempelhof, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
12. Verw.-Bez.: Neukölln, Hermannplatz, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
13. Verw.-Bez.: Spreewaldplatz am Görliger Bahnhof, Abmarsch 4 Uhr.
14. Verw.-Bez.: Frankfurter Allee, Mittelpromenade an der Kronprinzenstr., Abmarsch 4 Uhr.
15. Verw.-Bez.: Weißensee, Antonplatz, Abm. 3 1/2 Uhr.
16. Verw.-Bez.: Panlow, Rathaus, Abmarsch 3 1/2 Uhr.
17. Verw.-Bez.: Treffpunkt Weddingplatz, Abm. 4 Uhr.

Einig — im revolutionären Sozialismus!

Von Artur Crispian.

Der Sozialismus hat noch keine internationale Organisation.

Das Bestehen der beiden Gruppen, die sich II. und III. Internationale nennen, macht das anschaulich genug. Denn solange mehrere Internationale nebeneinander bestehen, gibt es keine Internationale. Die Internationale wird die Welt befreien!

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien hat sich nie Internationale genannt. Sie wollte nie etwas anderes sein, als ein Zentrum zur Sammlung aller sozialistischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Ueberwindung des Kapitalismus zum Ziel haben; sie will ein Mittel sein zur Schaffung der proletarischen Internationale.

Obgleich die Internationale Arbeitsgemeinschaft erst ein gutes Jahr besteht, hat sie doch schon beachtenswerte Erfolge auf dem Gebiet der sozialistischen Klärung, Annäherung und Sammlung zu verzeichnen. Immer deutlicher tritt es in die Erscheinung, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft auf dem richtigen Weg ist, daß sie verheißungsvolle Vorarbeit für das Zustandekommen der proletarischen Internationale leistet.

Wären sich die Führer der sogenannten Internationalen 2 und 3 klar gewesen über die geschichtlichen Pflichten und Aufgaben, die gegenwärtig von den Sozialisten zu erfüllen sind, hätten sie die aktuellen Notwendigkeiten des proletarischen Klassenkampfes begriffen, hätten sie, großzügig genug, ihre engen nationalen und parteigegensätzlichen Auffassungen und Agitationsbedürfnisse den allgemeinen Lebensinteressen der Menschheit untergeordnet, dann wäre der Kapitalistische Weltkongress von Genua eine sozialistische entgegengesetzt worden.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft hat sich darum bemüht. Es kam aber zunächst nur zu einer gemeinsamen Sitzung der drei internationalen sozialistischen Exekutiven. Das ist einweilen weniger als die Internationale Arbeitsgemeinschaft erstrebte. Es ist aber schon mehr, als andere wollten. Der Durchschnit ergibt gelungene Vorarbeit für eine hoffentlich recht nahe Zukunft.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft erstrebte eine sozialistische Weltkonferenz, von der der Ruf an die Proletarier aller Länder ergehen sollte, sich zu gemeinsamen Kämpfen zusammenzuschließen. Ein Ruf zum Klassenkampf gegen die gesamte reaktionäre Bourgeoisie.

Die sogenannte II. Internationale wurde von Rechtssozialisten geführt, die von einer sozialistischen Weltkonferenz als Kontakt zu gemeinsamen Aktionen, als Anfang der proletarischen Einigung auf dem Boden des Klassenkampfes, nichts wissen wollten. Wie sollten sie auch zum Kampf gegen die Politik von Regierungen aufrufen, in denen ihre eigenen Parteigenossen mitregieren.

Vor den Massen kam es den Rechtssozialisten darauf an, durch geschickte Manöver die Schuld an dem Nichtzustandekommen der sozialistischen Weltkonferenz anderen zuzuschreiben. Eine runde Abgabe hätte die eigenen Anhänger vor den Kopf gestoßen und stuhig gemacht.

So erlebte die Welt das eigenartige Schauspiel, daß in den gemeinsamen Sitzungen der drei sozialistischen Exekutiven Rechtssozialisten auftraten, um Kommunisten anzuklagen. Die Rechtssozialisten wollten damit beweisen, daß es nicht möglich sei, mit Kommunisten gemeinsame Aktionen zu machen.

Rechtssozialisten, die selbst durch ihre Abkehr vom Klassenkampf die Einigkeit des Proletariats zerstört haben, die einen Teil des Proletariats durch ihre Koalitionspolitik ins bürgerliche Lager geführt und dadurch Bruderkämpfe entfesselt haben, es seien nur Moske und Heine genannt, klagten Kommunisten an, daß sie durch ihre Taktik der Zellenbildungen die Einheit des Proletariats unmöglich machen. Rechtssozialisten, die Mitschuldige sind von völlerengewaltigen Friedensschlüssen, wie Brest-Litowsk, Bulgarest und Versailles, klagten Kommunisten an, daß sie in Georgien und in anderen Mandatstaaten das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachteten. Rechtssozialisten, die in Regierungen saßen und saßen, unter deren Herrschaft reaktionäre Monarchisten unbestraft Arbeiter um Arbeiter morden, während proletarische Revolutionäre zu Tausenden in Gefängnissen und Zucht-

Ein Gottesgeschenk

Endlich ist Aussicht vorhanden, daß einmal wieder in einem großen politischen Prozeß vor aller Welt der revolutionäre Klassenkampf propagiert werden kann. Der Maiausflug der Zentralleitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei enthielt gegen den Schluß folgenden Absatz:

„Erkennt, daß ihr nur durch das Mittel des revolutionären Klassenkampfes gegen eure Verelendung, gegen die immer mächtiger und anmohender werdende Reaktion, gegen die Grundursache aller Übel: den Kapitalismus, für euren materiellen und idealen Aufstieg, für die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, für die Verwirklichung des Sozialismus erfolgreich kämpfen könnt.“

Im vierten Jahr der „sozialistischen“ Republik hat die Berliner Staatsanwaltschaft in diesem Satz „Aufreizung zum Klassenkampf“ entdeckt und bereitet eine Anklage vor, die sich zunächst richten soll gegen die nicht durch parlamentarische Immunität geschützten Mitglieder der Zentrale der U. S. D., also die Genossen Hilferding und Krille sowie gegen den bisherigen verantwortlichen Redakteur der „Freiheit“, den Genossen Hensel. Das Berliner Polizeipräsidium hat den Genossen Hensel deswegen bereits vernommen, der es natürlich abgelehnt hat, sich im Vorverfahren zu äußern. Auch wir möchten uns sorgfältig jeder Bemerkung zu diesem Verfahren enthalten, allein schon aus der Besorgnis heraus, daß uns das Gottesgeschenk eines solchen Prozesses schließlich doch nicht befehrt werden könnte, wenn wir dem Herrn Staatsanwalt vorzeitig ein Licht aufstecken würden.

Die Schreckensherrschaft der Preise

Auf die ständige Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen und auch das Sinken des Reallohnes haben wir schon wiederholt hingewiesen. Und jede neue Preissteigerung verschlimmert das Mißverhältnis zwischen den Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Möglichkeit der Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel. Selbst ernsthaft bürgerliche Finanzpolitiker sind über diese Entwicklung der Dinge entsetzt. So schreibt Dr. Erwin Steiniger unter der Überschrift „Die Schreckensherrschaft der Preise“ in der „Börs. Ztg.“:

„Das die deutsche Teuerung neuerdings so verhängnisvoll und so zunichte macht, ist das beispiellose Tempo, das sie in den letzten Monaten und Wochen eingeschlagen hat; und ihre zerstörenden Wirkungen treten viel krasser und viel deutlicher hervor, wenn man die heutigen Preise mit denen des Herbstes oder des Frühjahr 1921 vergleicht, als wenn man sie denen des Friedens gegenüberstellt. Im vorigen Sommer hat der Reichskanzler Wirth in einer seiner Reichstagsreden von der „Großschmerz“ gesprochen, also von der Mark, deren innere Kaufkraft zehn Friedenspreisen gleichkommt. Damals waren in der Tat die Lebenshaltungskosten — durch Höchstpreisen, Ernährungszwangswirtschaft künstlich herabgedrückt — im Durchschnitt wohl erst auf das Sechstel des Friedensstandes gesunken. Wenn man heute im April 1922 die innere Geldwertigkeit mit einem ähnlich knappen Ausdruck bezeichnen wollte, müßte man von einer Dreipfeunigmacht reden; und es ist noch zweifelhaft, ob dies Wort nicht noch ein bißchen zu optimistisch wäre. Wenn man von den letzten, bei dem schnellen Fortschritt der Teuerung schon fast antizipierten Lebenshaltungsindexnummern vom März ausgeht, die seither eingetretenen neuen Preissteigerungen und die außerordentlichen Preissprünge einzelner wichtiger Waren berücksichtigt (Kartoffeln kosten jetzt 110 bis 120mal so viel wie im Frieden, die Butter steht nach dem letzten „Rückgang“ immer noch auf dem wahren Friedenspreis, Fleisch im Durchschnitt mindestens auf dem Wachsen), so kommt man zu dem Ergebnis, daß die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten in diesem Augenblick wenigstens das Fünfunddreißigfache der Friedenszeit erreicht haben. Das bedeutet, daß das Realeinkommen des einzelnen seit Jahresfrist nur dann gleichgeblieben ist, wenn es sich nominal, in Papiermark, auf das Dreieinhalbfache erhöht hat. Jede Ein-

kommendsteigerung, die hinter dieser Verhältniszahl (seit Jahresfrist. Red. der „Freiheit“) zurückbleibt, bringt eine Verminderung des Realeinkommens, eine Herabdrückung der Lebenshaltung zum Ausdruck. Begt man diesen Maßstab an, so wird man im deutschen Volk nur ganz wenige bevorzugte Gruppen und Schichten finden, die sich in den letzten Monaten und Wochen nicht in raschem materiellem Niedergang befinden. Auch die Arbeiterschaft, die organisatorisch gegenwärtig über die stärkste Macht ökonomisch-sozialer Selbstbehauptung verfügt, kann bei solchem Tempo nicht mithalten. Noch viel weniger aber können die Angestelltengruppen ihre Lebenshaltung verteidigen, die infolge ihrer schwächeren Interessenvertretungskraft schon in einer früheren Periode auf halbe oder weniger als halbe Friedensloehnen herabgedrückt wurde und nun mit der schnell zunehmenden Teuerung von diesem vornehin niedrigen Niveau weiter herabsinkt.“

Abgesehen von der allgemeinen Kennzeichnung der Teuerung, die Steiniger selbst als noch zu optimistisch bezeichnet, sind die Angaben auch deshalb wertvoll, weil sie das Veredeln von den hohen Löhnen als sinnlos erscheinen lassen und gleichzeitig auch das Märchen abtun, als ob die „Schreckensherrschaft der Preise“ auf die Löhne zurückzuführen sei. Denn mit Recht weist Dr. Steiniger darauf hin, daß jede Einkommenssteigerung, die hinter dieser Verhältniszahl (d. h. der dreieinhalbfachen Erhöhung der Preise seit Jahresfrist. Die Red.) zurückbleibt, eine Verminderung des Realeinkommens, eine Herabdrückung der Lebenshaltung zum Ausdruck bringt.“

Das ungeheuliche Disziplinarurteil

Wir haben das Urteil der Potsdamer Reichsdisziplinarkammer gegen den Eisenbahnbetriebsassistenten Rosenbühl aus Berlin mitgeteilt. Es ist ungeheulich. Kein Mensch spricht den Beamten das Streikrecht ab. Die grundlegenden Rechte, die jedem Deutschen und damit auch den Beamten zustehen, sind niedergelegt in der Reichsverfassung. Sie ist fernerzeit zum Schutze der kapitalistischen Wirtschaft geschaffen worden, was in ihr auch klar zum Ausdruck kommt. Nicht so klar sind manche Bestimmungen über die Rechte, die dem Proletariat zustehen. Doch Artikel 159 betont, daß die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet sei. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern versuchten, seien rechtswidrig. Artikel 180 betont ausdrücklich, daß allen Beamten die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet werde.

Nun wird man einwenden. Vereinigungsrecht sei noch nicht Streikrecht. Demgegenüber steht fest, daß ein Streikverbot für Beamte nicht besteht. Ein Koalitionsrecht zur Förderung der Arbeitsbedingungen ohne Streikrecht aber ist bedeutungslos. Zur Förderung der Arbeitsbedingungen ist das Streikrecht unbedingt notwendig, geradezu unentbehrlich in einer kapitalistischen Wirtschaft. Wie der Arbeiter, so ist auch der Beamte durch die Verhältnisse gezwungen, sich zusammenzuschließen und sich — wenn es sein muß — bessere Existenzbedingungen zu erkämpfen. Dieses Recht darf man nicht nehmen. Verweist man auf Disziplinarordnungen, so ist zu entgegnen, daß die nie die Grundrechte antasten können. Mit den „Ordnungen“ aus der Zeit vor dem Kriege darf man daher nicht kommen. Dann aber wird man den Erlaß des Reichspräsidenten auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung heranziehen. Der Reichspräsident ist befugt, bei erheblicher Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen zu treffen. Es werden die Artikel genannt, die vorübergehend außer Kraft gesetzt werden können. Artikel 180 und 189 der Reichsverfassung sind nicht darunter. Sie darf der Reichspräsident nicht außer Kraft setzen. Artikel 159, der für jedermann und für alle Berufe (also auch für die Beamtenberufe) die Vereinigungsfreiheit zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen gewährleistet, steht ja auch vor, daß alle Maßnahmen, die diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern versuchen, rechtswidrig seien.

Die Beamten haben das Streikrecht. Sie können von ihm Gebrauch machen. Sie dürfen nicht gemahnt werden, wenn sie ihre Rechte in Anspruch nehmen. Die Disziplinierungen werden verfallen wider Recht und Gesetz. Die Regierung ist dazu berufen, die Verfassung zu schützen. Das Gerichtsverfahren gegen die Eisenbahnbeamten muß eingestellt werden. Die Potsdamer Entscheidung will „ein für allemal den Streikbegriff aus der Beamtenchaft ansmergen.“ Dieser Eifer ist bezeichnend. Das ist aber nicht Aufgabe irgend eines Gerichtshofes, sondern das kann auf gesetzlichem Wege geschehen. Natürlich würden die Vertreter des Proletariats solchen Angriffen auf das Koalitionsrecht den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Rechtssozialisten und Oberschlesien

Innerhalb der rechtssozialistischen Partei streiten sich zwei Richtungen in Bezug auf die Frage, ob Oberschlesien Autonomie gewährt werden soll. Eine Provinzialkonferenz der Rechtssozialisten Oberschlesiens befaßte sich am 1. April mit dieser Frage. Der Vorsitzende sprach sich gegen die Autonomie aus, worin er die Provinzialkonferenz seinen Beschluß zu fassen, sondern die Entscheidung den ober-schlesischen Sozialdemokraten allein zu überlassen. Demnach haben die Rechtssozialisten dem Autonomiegesetz für Oberschlesien immerzu nur zugestimmt, weil sie durch das Gesetz die Abkündigung in Oberschlesien günstig beeinflussen zu können hofften.

Das Londoner Memorandum

Der Bericht der Sachverständigen über die Wiederherstellung Europas ist in London erschienen. Man hat gar nicht erst versucht, zu einer sogenannten Konvention zu gelangen, sondern sich darauf beschränkt, Resolutionen zu geben, die jedoch so abgefaßt sind, daß sie — falls es wünschenswert erscheinen sollte — als Grundlage für eine Konvention dienen können.

Die Resolutionen sind in drei Gruppen gegliedert, und zwar handelt der erste Abschnitt von den Finanzen, der zweite von der Wirtschaft und der dritte vom Transport. Damit das Memorandum an Uebersicht gewinnt, ist es in Kapitel eingeteilt. Das erste Kapitel des ersten Abschnitts beschäftigt sich mit der Währungsfrage im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau Europas. Der entsprechende Satz in diesem Kapitel lautet kurz und bündig: „Gold ist die einzige gemeinsame Grundlage, die die europäischen Länder heute annehmen können.“

Das nächste Kapitel behandelt die Kreditfrage — dann kommen die Wechselkurse an die Reihe, und es wird angeregt, alle besonderen Einfuhrbeschränkungen aufzuheben, wenn in einem Lande binnen 12 Monaten ein annehmbarer Fortschritt in der Wiederherstellung der Wechselkurse, soweit sie auf Grund der entwerteten Valuta eingeführt worden sind, zu verzeichnen ist.

Im zweiten Abschnitt (Wirtschaftliches) wird im ersten Kapitel die Frage der Zolltarife und der Handelsbeschränkungen erörtert: Alle Zolltarife sollten veröffentlicht und bei dieser Gelegenheit müßten über jede Warenklasse klare und bestimmte Angaben gemacht werden; ferner wird angeregt, die Zolltarife sollten soweit wie möglich für längere Zeiträume erlassen, Abänderungen in den Zollsätzen sowie in den Zollverordnungen so selten wie möglich vorgenommen und dann „in der richtigen Weise“ veröffentlicht werden. Nach einem noch festzusetzenden Termin sollen die Ausfuhrzölle auf Rohstoffe (soweit sie nicht für Finanzzwecke wünschenswert erscheinen) aufgehoben und neue Ausfuhrzölle dann nicht mehr eingeführt werden. Die Ein- und Ausfuhrverbote oder Beschränkungen werden im Hinblick auf die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas im Prinzip für schädlich erklärt, und es wird dem Bunde Ausdruck verliehen, daß die Vorkriegslage sobald wie möglich wieder hergestellt werden möchte! Schließlich wird der Vorschlag gemacht, der Konferenz in Genä eine Resolution zu unterbreiten, nach der während eines gewissen Zeitraumes die dort vertretenen Nationen sich gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht in Zollangelegenheiten zu billigen sollten.

Im zweiten Kapitel dieses Abschnitts steht die Behandlung von Ausländern bei der Ausübung des Handels zur Diskussion, und es wird angeregt: ausländische Firmen oder Personen, die irgend ein erlaubtes Geschäft betreiben, einen Beruf ausüben oder einer Beschäftigung nachgehen, sollten keiner höheren Besteuerung unterworfen werden als die eigenen Angehörigen des betreffenden Staates. Ähnliche Wünsche werden in Bezug auf Erteilung von Passiven und dergleichen ausgesprochen. Nur für „lästige Ausländer“ sind nach bekanntem Muster Ausnahmen vorzusehen.

Im letzten Kapitel des zweiten Abschnitts wird der Schutz des industriellen und des geistigen Eigentums behandelt.

Der dritte und letzte Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage des Verkehrs. Die Wiederherstellung und Verbesserung der Organisation der Eisenbahnen und sonstiger Verkehrsmittel, der Häfen und Wasserstraßen wird zur Debatte gestellt. Das Memorandum schließt mit der Anregung, weitere Abkommen, die in den jetzt in Kraft befindlichen Verträgen vorgesehen sind, möchten vorbereitet und sobald wie möglich in Kraft gesetzt werden.

Verbot der Mafseiern in Oberschlesien

Die J. A. A. gibt folgendes bekannt: Der Zeitpunkt naht heran, an dem die Interalliierte Regierungskommission die Uebergabe der an Polen bzw. Deutschland fallenden Gebiete Oberschlesiens in Ausführung des Friedensvertrages von Versailles vornehmen wird. Es liegt viel daran, daß dieser Prozeß in Ruhe und Ordnung vor sich geht. Wesentliche Ausdehnungen, auch solche, die anlässlich des 1. 2. und 3. Mai d. J. veranlaßt werden würden, könnten von diesem Ziel ablenken, so friedfertig sie auch von den Verantwortlichen beabsichtigt sein mögen. Die Interalliierte Regierungskommission hat infolgedessen beschlossen, ihr Verbot jeder Kundgebung oder jeder öffentlichen Versammlung, gleichviel welcher Art, auch für den 1. 2. und 3. Mai anrechtswidrig zu erklären. Sie weist nicht daran, daß die Bevölkerung einziehen wird, daß die Kommission nicht gezwungen sein wird, Trümmel anzuwenden, um die Ausführung dieser Maßnahme zu gewährleisten.

Die Reichskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend Deutschlands

Kurz vor Redaktionsschluss erhielten wir einen Teilbericht über den ersten Verhandlungstag. Wir werden am Dienstag über die Tagung im Zusammenhang berichten.

Der Fall Nicolai hat insofern eine Wendung zugunsten des Professors Nicolai genommen, als das Unterrichtsministerium nunmehr gegen den ehemaligen Rektor der Berliner Universität, Geheimrat Meyer, eingeschritten ist, weil er das Urteil im Falle Nicolai an andere Universitäten versandt hat. Im übrigen steht in der ganzen Angelegenheit vor dem Kammergericht Termin am 19. April an.

Zähne 10 u. 15 Mk. mit Friedenskautschuk

5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gäumen. Keine Luxuspreise.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1

ich recht zum Arbeiten. Da sah ich denn in meiner Wohnung am Schreibtisch, ordnete, schrieb und adressierte. Stöße von Material wanderten in den Papierkorb, darunter manches, was sich damals sehr nervös Staatsanwälte blöderweise vielleicht interessiert hätten. Unmittelbar daneben saßen die beiden Gesehwänder und verrieten sich ihre Pongeweile mit der Festüre von Sven Hedins Reise-Erlebnissen, die ich ihnen zur Verfügung gestellt hatte. Jedes Telefongespräch, jedes Gespräch eines Genossen, der mich bejahte, wurde von ihnen überwacht. So anhängig waren sie allerdings, daß sich mich wenigstens mit meiner Frau ungehindert aussprechen ließen, für die der Ausfall der Feiertage aus der Ausfuhrungszeit eine herbe Enttäuschung war. Ich erinnerte sie daran, daß Nebel einmal angefallen ist, daß ich früher eine alte Bohlen-Praxis von Polizei und Staatsanwälten abweisen, unsere Genossen möglichst die Freiheit über hinter Schloss und Riegel zu bringen und sie fand sich auch tapfer damit ab, daß ich erst am Dienstag wiederkam. Tags darauf war dann der letzte Ausfuhrungstag.

Am Donnerstag, den 4. April, brachten mich meine beiden Schutengel von Moabit der Auto zum Bahnhof Charlottenburg an den D. Zug nach Dypeln. In einem reservierten Abteil beiseiterten sie mich bis nach Groß-Strehlitz und lieferten mich dort in der Achtungskastanstalt, das heißt in einem Gefängnis ab, an dessen Tor man ein Pappschild mit der Aufschrift „Festungsaufhalt“ gebängt hatte. Der Chauffeur des Autos aus dem Kriegsministerium, der mich zur Bahn brachte, ein kommandierter Landsturmann, verschickte mich beim Abschied: „Ach hole Sie wieder, wenn Sie zurückkommen.“ Er schen in die fünfjährige Dauer meiner Staatspenalstrafe und in die Gewalt des alten Regiments einige Zweifel zu legen. Die weitere Entwicklung hat ihm Recht gegeben.

Wenn ich persönlich heute Eltern auch unter anderen Umständen beache als 1918, so hegen mir die Erinnerungen an meine „Ausfuhrungsgeheim“ doch wieder lebhaft vor die Seele durch das immerwährende Bewußtsein, daß heute wie damals hunderte politischer Gefangener hinter Gittern stehen. Darum mag die kleine Erinnerungskarte aus in die Forderung: Die Rektoren auf für alle, die ihren politischen Kampf für das Proletariat mit ihrer Freiheit bezahlen müßten!

Kleider Stoffe

Voll-Voile in vielen modernen Farben ... Meter **118⁰⁰**
Reinwoll. Schotten ca. 105 cm breit .. Meter **138⁰⁰**
Rockstreifen mit seidenartigem Durchzug ca. 110 cm breit Meter **145⁰⁰**
Moderner Frotté aparte Streifen, ca. 110 cm breit Meter **148⁰⁰**
Woll-Voile hübsche Farben, ca. 105 cm breit Meter **168⁰⁰**

Dirndl-Stoffe
hübsche Muster Meter **39⁵⁰**
Blusen-Flanell
hell gestreift Meter **46⁵⁰**
Blusen-Stoffe
hübsche Streifen Meter **58⁰⁰**
Kleider-Schotten
doppeltbreit Meter **62⁵⁰**
Tupfen Batist weiß, verschied. Punktstellungen, mit Lochstickerel .. Meter **68⁵⁰**
Foulardine
hübsche Kleidermuster Meter **69⁵⁰**
Woll-Batist
einfarbig, doppeltbreit Meter **76⁵⁰**

Blusen-Flanell
engl. Geschmack Meter **78⁰⁰**
Voll-Voile
bedruckt Meter **79⁵⁰**
Kleider-Serge
marine, farbig bestickt Meter **96⁵⁰**
Reinwoll. Cheviot
marine, doppeltbreit Meter **98⁰⁰**
Kleider-Voile
entzückende Muster, doppeltbreit Meter **98⁵⁰**
Popeline-Schotten
m. seidenartigem Durchzug, doppeltbreit Meter **98⁵⁰**
Reinw. Musseline
hell oder dunkel gemustert Meter **98⁵⁰**

Jandorf

Belle-Alliance-Str. St. Frankfurter Str. Brunnenstr. Kottbuser Damm Wilmsdorfer Str.

Theater u. Vergnügungen

Vollsbühne
7 1/2 Uhr:
1. Feiertag:
Heber unsere Kraft I.
2. Feiertag:
Die Ratten

Neues Volkstheater
Köpenicker Straße 68
7 1/2 Uhr:
An beiden Feiertagen:
Schüler Alois

Staats-Theater
Opernhaus
5 Uhr:
An beiden Feiertagen:
Parasit

Schauspielhaus
7 1/2 Uhr:
1. Feiertag:
König Richard III.
2. Feiertag:
Lamoral Vagabundus
2 1/2 Uhr, Bachmann als Erzieher

Deutsches Theater
An beiden Feiertagen:
7 1/2 Uhr:
Cyrano von Bergerac
2 1/2 Uhr: **Ostern**

Kammerspiele
1. Feiertag:
2 1/2 Uhr, Die deutsch. Kleinstädter
7 1/2 Uhr:
Der Meister

Die Jungfern vom Bischofsberg
2 1/2 Uhr, Frühlingserwachen
7 1/2 Uhr:
Grobes Schauspielhaus
An beiden Feiertagen:
2 1/2 Uhr: **Dantons Tod**
8 Uhr:
Dantons Tod

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
An beiden Feiertagen:
3 Uhr: **Erdegeist**
7 30 Uhr: Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeist. Kreisler

Komödienhaus:
Tgl. 7.30 Uhr:
„Gretchen“
Erika Glässner
R. A. Roberts
An beiden Feiertagen:
3 Uhr: **Fortuna blau**

Berliner Theater
Gastspiel: W. Bromme
An beiden Feiertagen:
3 Uhr: **Letzter Walzer**
7 Uhr: **Madame Sirt**
Ella Körner, Carl Bachmann u. G. Ferry Sikla, Lulu Tiersch.

Casino-Theater
An beiden Feiertagen:
Der neue Schlager
Der Hefle aus Afrika.

Walhalla-Theater
An beiden Feiertagen:
7 1/2 Uhr:
Gasthaus zur Liebe

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
An beiden Feiertagen:
Tranon-Theater
DER VULKAN

Kleines Theater
Das kleine Schokoladenmädchen
Residenz-Theater
Das Frau ohne Bedienung

Theater am Nollendorfsplatz
1. Feiertag:
nachm. 8 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreise
abends 7 1/2 Uhr:
Verliebte Leute

2. Feiertag:
nachm. 8 1/2 Uhr:
Der Vetter u. Dingsda
abends 7 1/2 Uhr:
Verliebte Leute

Theater des Ostens
(Russ-Theater)
7 1/2, U. Max u. Moritz
7 1/2 Uhr:
Beitrag auf Probe

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
D. beiden Nachtigallen

Apo'lotheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
„Venus auf Erden“
Vorber: Bronn Varietè-Attraktionen.

Theat. a. Kottb. Tor
Tel. Köpen. 16077
Tgl. 7 1/2 Uhr:
Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
10 Prozent
Tgl. Komik
Kam. Halb. Preise
So. 11-14 u. 4-6

CIRCUS BUSCH
Osterreide!
An den 3 Osterfeiertagen
Sonntag Montag Dienstag
nachmittags 3 Uhr
1 Kind frei!
Auch Nachmittag
Störtebeker,
der Seeräuber
und sämtliche
neue Sensationen.

Metropol-Varieté
Behrenstraße 54
Donnerstag, d. 20. April
7 1/2 Uhr:
Ehrenabend
für den königl. Leiter
Siegmund Plafow
Festvorstellung
mit „Gasi“-Nummern:
Nie dagew. Varietè-
Programm
Siehe Anschlagtafel.
Vorverkauf eröffnet!
Tischbestellung, recht-
zeitig erbeten.

Königgrätzer Straße 121.
Das große
Fest-Programm.
Der Mann aus Stahl
Ermittlungsabenteuer
in 6 Akten
von H. Santos.
Schauspieler:
Luciano Albertini.
Regie: S. Petmont.

Bühnenschauspiel:
Edmund Loewe
in der Rolle:
Chaplin kommt persönlich.
Schauspieler: Emil
Giese, Emil Kerschke
Beginn:
Woch. tags 6 u. 9 1/2 U.
Sonn- u. Feiertage 4 Uhr.
Kaffeezeit 10 u. 11 U.

Fahrraddecken 95, 120
Luftschläuche 25, 35,
45 M
Versand nach ausw. Engen
Schmidt, Berlin, Badstraße 13

Frauenhaare
ausgek. kauf s. h. h. h. h.
Preis m. d. ar. h. h. h. h.
Faiser-Wilhelm-Dr. 28.

THEATER I. D. KÖNIGGRÄTZER/STR.
TÄGLICH 7 30 UHR
UNTER ATEMLOSER SPANNUNG:
DIE WUNDERLICHEN GESCHICHTEN
DES KAPPELLMEISTERS
KREMLER
DAS UNUNTERBROCHENE TAGE/GE/PRÄH!

Vol. 1-5 geschlossen
Trotz Warenknappheit
unfallte noch
imposant. Lager
preiswerter
Teppiche

Theater des Westens
Schwedisches Ballett
An beiden Feiertagen:
Nachmittags 3 1/2 Uhr Abends 7 1/2 Uhr
Divertissement. Aus alten Tagen.
Die törichtsten Jungfrauen.
Außerdem die große Bilddichtung Paul Claudel's:
Der Mensch und seine Sehnsucht

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotze
— Schiller und Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 8.— Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Str. 8-9

Magenleiden!
Preis 25.—
Stomachosoxon
A. Dorfschecher & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.
Hauptniederlage für Ber. in:
Elefant-Apotheke SW, Leipziger Str. 74

„Hamster“-Wagen
Preis 25.—
WANDERKARTEN
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlg. „Freiheit“, Breite Str. 8-9

Palais
Lichtspiele
Potsdamer Str. 19
Ecke Margaretenstrasse
Das Mirakel
v. Dr. Kar. Volkmüller
Regie:
Prof. Max Reinhardt
Vorspielungen:
Werk. 6 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Stg. 4 1/2, 6 1/2 u. 8 1/2 U.
V.verkauf an der
Theaterkasse 12 2 U.

Musiker
für alle Gelegenheiten
Holt die Oberleitung
des Deutschen Musikerver-
bandes, Kottbuser-
Str. 31, St. b. 188.

Brautleute wollen!
Elegante fugenlos
Trauringe
nicht aus dem
sogenannten Spezialge-
schäft, welches unter anderem
alle möglichen Gegenstände, wie
Uhren und Goldwaren führt, oder
gar altes Gold usw. aufkauft, sondern
aus einem
Spezialgeschäft,
welches ausschließlich nur
Trauringe fabriziert
und an Privats liefert.
**In Deutschland stehen wir als
solches konkurrenzlos da**
und liefern eigene Erzeugnisse in echt Gold von
120.- Mark
anwärts bis zu den feinsten Ausführungen, in großer
Auswahl, direkt vom Lager.
Bestellung ohne Kaufzwang erbeten.
Anführliche Preisliste gegen Rückporto! Versand nach
auwärts gegen Vorauszahlung des Betrages!
Trauringefabrik G. Albert Thal,
C 19, Seydelstraße 5 (Nollendorfsplatz).

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108 114
Montag, den 17. April 22,
II. Osterfeiertag
Großes Konzert u. Varietè-Vorstellung
Das Riesen-Varietè-Programm
15 erstklassige Attraktionen
Vorverkauf ab Freitag den 14. April 22.
Einlaß 5 Uhr. Anfaß 6 Uhr.
Außerdem
BALL Anfang 5 Uhr

Luxemburg Liebkecht Jögiches
Ihre Bedeutung für
die deutsche
Sozialdemokratie
von
Karl Kautsky
preis 4.- M.
Buchhandlung
„Freiheit“
C. 2, Breite Str. 8-9

Wichtige Neuerscheinungen
des Verlages der **Kommunistischen Internationale**
in Kürze erscheint:

Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der
Kl. Nr. 20 des III. Jahrganges.
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des
Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive
der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar
bis 4. März 1922). Preis M. 30.— (Organisationsausgabe M. 15.—)

In rascher Folge erscheinen:

L. TROTZKI: Georgien. / Zwischen Imperialismus und Revolution (Die Grundfragen der Revolution an dem Einzelbeispiel Georgiens).
L. TROTZKI: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunist. Internationale).
CLARA ZETHIN: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg (Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunist. Internationale).
Bereits erschienen:
N. BUCHARIN: Oekonomie der Transformationsperiode. Preis geb. Mk. 60.—, brosch. M. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—).
E. VARGA: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft (Zweite vermehrte Auflage). Preis Mk. 20.—, geb. Mk. 30.—. (Organisationsausgabe Mk. 12.—, geb. M. 20.—).
JOHN REED: Zehn Tage, die die Welt erschütterten. Preis Mk. 32.—, geb. Mk. 45.—. (Organisationsausgabe M. 20.—, geb. M. 30.—).
N. LENIN und G. SINOWJEW: Gegen den Strom (Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1917). Preis gebund. Mk. 80.—, brosch. M. 60.— (Organisationsausgabe geb. M. 45.—, brosch. 30.—).
M. PHILIPS PRICE: Die russische Revolution. Erinnerungen aus den Jahren 1917 bis 1919. Preis geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.—. (Organisationsausgabe gebunden Mk. 35.—, brosch. Mk. 18.—).
KARL RADEK: Wege der russischen Revolution. Preis Mk. 8.—. (Organisationsausgabe Mk. 4.50).
KARL RADEK: Genua, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale. Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—).
L. TROTZKI: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau). Preis Mk. 10.—. (Organisationsausgabe Mk. 5.—).
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale). Preis Mk. 7.—. (Organisationsausgabe Mk. 3.—).
A. WARSKI: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution. Preis M. 4.—. (Organisationsausgabe M. 2.—).
E. VARGA: Die Lage der Weltwirtschaft u. der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren. Preis Mk. 4.—. (Organisationsausgabe Mk. 2.50).
Die Kommunistische Internationale. Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Nr. 19 mit Beiträgen von Karl Bremer, L. Trotzki, N. Lenin, G. Sinowjew, M. Borodin, Fritz Heckert, J. Carr, E. Paw'owski, Wilhelm Pieck, E. Varga, J. Humbert-Droz, M. N. Roy, S. Gussew, A. Kollontaj, A. Lunatschski u. a.

Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

Reform- oder revolutionäre Partei

Von Karl Marxionini.

Die frühere „Freiheit“-Redaktion brachte zwei Artikel des Genossen Hans Bloch aus der Leipziger Volkszeitung zu den parteipolitischen Fragen...

Die alte Sozialdemokratie in Deutschland war wohl eine einheitliche Organisation. In ihr waren aber, besonders in dem letzten Jahrzehnt vor dem Arlege, mehrere Richtungen vorhanden.

Eine Richtung in der Partei wollte sich mit diesem Aktionsprogramm, das erst nach heftigen Kämpfen auf dem Parteitage zustande gekommen war, nicht einverstanden erklären.

Wir leben heute, daß es falsch war, auf dem Parteitage über die verschiedenen Ansichten nicht zu diskutieren.

Aus Anlaß des Konflikts in der „Freiheit“ sind die Vorgesänge offen zutage getreten. Sie sind für den künftigen keine Überraschung.

Der „Freiheit“-Redaktion zur Seite springt in zwei Artikeln Genosse Hans Bloch in der Leipziger Volkszeitung.

Es sollen hier nur einige der Darlegungen des Hans Bloch erörtert werden, da sie nicht ohne Widerspruch bleiben können.

Bloch meint, es sei mit dem wahren Sinn des Leipziger Manifestes durch „Bla“, nicht im Einklang. In indirekte Steuern im Reichstage einzutreten.

Zeit die Steuerfrage überhaupt nicht lösen könne, daß dazu eine Umgestaltung der Wirtschaft in sozialistischem Sinne erfolgen müsse.

Dann ein Wort zur Koalitionsfrage. Genosse Bloch meint, das Leipziger Manifest verbiete unter Umständen die Beteiligung an einer Regierung nicht.

Man sollte meinen, daß das deutlich genug ist, und daß dieser Satz Interpretationsfünfte nicht zuläßt.

Dann die Stellung der USPD zur Reichsregierung. Es kann ja manches unterschrieben werden, was Genosse Bloch und die „Freiheit“-Redaktion sagen.

Wir müssen festhalten an unseren Grundsätzen, ohne Konzessionen nach rechts und nach links zu machen.

Es wird aber hier betont werden, daß die USPD im wesentlichen eine Partei der Opposition, der Agitation sein muß.

Es muß aber hier betont werden, daß die USPD im wesentlichen eine Partei der Opposition, der Agitation sein muß.

Ist das Resultat? Die Zustände sind immer schlechter geworden. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir eine wahrhaft revolutionäre Partei bleiben.

Die Grundtendenzen der Politik, die vom Genossen Bloch, von der „Freiheit“-Redaktion empfohlen wird, führt schließlich auf die Bahn des Reformismus.

Gegen die Technische Nothilfe

In der Reichstagsdebatte vom 7. April wandte sich Genosse Robert Dikmann in einer Debattenrede gegen die rechtssozialistische Unterfütterung der Technischen Nothilfe.

Die Tatsache, daß die Technische Nothilfe die Lebensader der Gewerkschaften und den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats treffen soll, zwingt mich, selbst in vorgerückter Stunde hier kurz das Wort zu nehmen.

Man sagt uns, Auswächse sollen getroffen werden, und stellt in den Vordergrund wilde Streiks und Putzche.

Und mit dieser Ihrer (zu den Soz.) Stellungnahme von heute setzen Sie sich in strikten Widerspruch mit Ihren eigenen Gewerkschaftskameraden.

Das ist traurig. Aber feststellen wollen wir, daß die freien Gewerkschaften es ablehnen müssen, der Technischen Nothilfe als einer notwendigen Einrichtung irgendwie zuzustimmen.

Run wird hier auf die Notzustände in einzelnen Fällen hingewiesen. Es wird gesagt, daß der erwachsene Schaden in erster Linie die Arbeiter treffe.

Das ist die Frage der gemeinnützigen Betriebe angeht, frage ich Sie: ja, wieweit wollen Sie diesen Begriff denn ausdehnen.

Der Begriff der Nothstandsarbeiten kann hier im Parlament nicht umgrenzt werden. Er muß von Fall zu Fall von den Gewerkschaften selbst geprüft werden.

Es wird aber hier betont werden, daß die USPD im wesentlichen eine Partei der Opposition, der Agitation sein muß.

Es muß aber hier betont werden, daß die USPD im wesentlichen eine Partei der Opposition, der Agitation sein muß.

Schafts- und Sozialpolitik betrieblen wird, (Sehr wahr! bei den U.S.)

Herr Minister Dr. Köster wies auf einen Zwischenruf vorhin darauf hin, daß darüber ein andermal geredet werden könnte. Aber wenn dieses andere Kapitel auf der Tagesordnung steht, verfolgt man. Ich frage die Reichsregierung, wie sie sich zu dem Ernährungsproblem stellt. Bisher haben wir auf diesem Gebiete nichts anderes erfahren, als einen fortgesetzten Abbau der Zwangswirtschaft, und wofür das geführt hat, das brauche ich wohl Ihnen nicht des Näheren auseinanderzusetzen.

Ein anderes. Sie wehklagen über den Streik der Arbeiter. Wo hat man ein Wort von regierenden Stellen gehört, wenn es sich darum handelte, den von seiten der Agrarier ausgehenden Vieferstreik zu inszenieren, sei es bei Milch, bei Kartoffeln, oder beim Getreide? Wenn die Preise nicht auf den tollsten Wasserpreis hochgeschraubt werden können, schreckt das Agrarierturn keinen Augenblick davor zurück, einfach zum Vieferstreik zu schreiten, unbekümmert darum, ob Hunderttausende daran zugrundegehen. Wissen Sie nicht, daß wir im Laufe der letzten Jahre eine ganze Reihe von Vellieferungsstreiks gegen Großstädte zu verzeichnen hatten, wodurch Hunderte von Säuglingen wegen Mangel an Milch gestorben sind? (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Wo hat da die Regierung in solchen Fällen eingegriffen und die Technische Nothilfe zu Hilfe gerufen? Man könnte den Faden weiterspinnen, doch will ich mich mit den paar Hinweisen begnügen. Die Spuren schrecken, und ich sage, Herr Minister Köster, die Geister, die Sie riefen, die werden Sie nicht los. Sie sollten aus Ihrer Vergangenheit so viel Erkenntnis geschöpft haben, daß, wenn die bürgerlichen Parteien Ihnen mit Jubel zustimmen, bei der Durchführung und Fortsetzung der Technischen Nothilfe, sich das nicht richtet gegen einzelne Fälle, die Sie heute hier zur Begründung anführten, sondern daß sich das letzte Ende richtet gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter schlechthin. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.)

Und das ist es, was uns veranlassen muß, diesen Dingen unter allen Umständen zu begegnen und zu sagen: nein, das kann und darf es unter keinen Umständen geben.

Wenn Herr Streiter schließlich zur Begründung der Technischen Nothilfe auf das Ausland hingewiesen und erklärt hat, daß die deutsche Technische Nothilfe auch in anderen Ländern bereits Nachahmung gefunden hat, so wundert uns das nicht. Der Kapitalismus und seine Träger sind sich in allen Ländern gleich, ob sie sich in der deutschen, der französischen oder der englischen Regierung befinden. Haben und drängen holen sie auch zum Kampf gegen das Proletariat. Das ist uns seit Jahrzehnten bekannt, und Sie brauchen es nicht noch einmal besonders zu unterstreichen. Das kann für die Arbeiterklasse nur ein Ansporn sein, die nationalen wie die internationalen proletarischen Kräfte zusammenzuschließen.

Lossen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Herr Streiter glaubte im besonderen, mit Wohlbehagen die Schlichtungsordnung anknüpfen zu können. Er sagte, bei Beratung der Schlichtungsordnung werde die Technische Nothilfe erneut Behandlung finden. Sicher! Wir glauben, daß er ein großes Vergnügen daran hat, daß der Entwurf der Schlichtungsordnung das hohe Haus nun bald beschäftigen wird. Er erwartet mit Freuden den neuesten Ver-

such, die freien Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung schlechthin im wirtschaftlichen Kampfe zu frangulieren. Lassen Sie mich aber mit dem gleichen Ernst, mit dem Sie die Vorlage der Schlichtungsordnung bereits begrüßt haben, Ihnen sagen: Wenn Sie die deutsche Arbeiterklasse ausgerufen werden müßte, um ihre Lebensrechte zu wahren, dann ist es heute am Plage! Und wenn Herr Streiter die kommende Schlichtungsordnung begrüßt hat, so lagen wir nicht nur dem Hause, sondern der deutschen Arbeiterklasse, daß sie sich auf einen entscheidenden Wegengang rüsten muß. Glauben Sie nicht, daß die Schlichtungsordnung von Ihnen so leicht hinunter Dach und Fach gebracht werden kann, wie es Ihnen leider in den letzten Jahren mit so manchen Dingen gelungen ist! (Zuruf von der Bayer. Sp.: Lassen Sie uns doch erst darüber verhandeln!) Gewiß wird darüber verhandelt! Aber die Vorlage selbst zeigt, wohin die Reise in Deutschland geht. Und daß die Vorlage, die die deutsche Arbeiterklasse frangulieren soll, von einer Regierung unterbreitet wird, in der Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei sitzen, das spricht allein Bände. Diese Tatsache soll und muß das deutsche Proletariat daran mahnen, daß es sich zu geschlossenem Kampfe zusammenzufinden hat.

Wollen Sie den ernsthaften Versuch unternehmen — ich zweifle nicht daran, durch die Schlichtungsordnung dem deutschen Proletariat die Fesseln anzulegen, die Sie ihm längst wünschen, um es in der freien Ausübung des Koalitionsrechtes zu hindern, dann rufen wir der deutschen Arbeiterklasse zu: Wehrt Euch! Ich hoffe, daß in diesen entscheidenden Kampfstagen die deutsche Arbeiterklasse vom ersten Sozialisten bis zum letzten Kommunisten geschlossen und einig steht, um diese Knebelung abzuwehren. Dann heißt es: Auge um Auge, Zahn um Zahn! (Lebhaftes Bravo! links.)

Die Sozialisierung der Forstwirtschaft

Der Reichsforstwirtschaftsrat hat eine Schrift über den Stand und die Aufgaben der Forstwirtschaft im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft herausgegeben. Es wird darin auch zur Frage der Sozialisierung der Forsten Stellung genommen. Natürlich wird die Sozialisierung abgelehnt, obwohl sie gerade im Interesse der Verbraucher, der Länder, des Waldschutzes und der rationellen Bewirtschaftung der Forsten unbedingt notwendig ist. Die Waldbesitzer erzielen Millionengewinne, und die Verbraucher werden ausgebeutet. Die Sozialisierung wird abgelehnt mit den sadencheinigsten Gründen. Einmal muß man zugeben, daß der Zustand der Privatwaldungen größtenteils unbefriedigend ist, während die Staatsforsten besser bewirtschaftet würden. Das allein müßte schon für die Sozialisierung sprechen. Aber man legt dar, daß ein Beamten-Organismus von der Gliederung und Einordnung in das Staatsganze, wie ihn die Staatsforstverwaltung darstelle, auch bei höchstem Pflichtgefühl der einzelnen Beamten denjenigen Schwung zur Vorwärtsbewegung, zu technischen und organisatorischen Neuerungen, wie ihn die Forstwirtschaft heute so dringend benötigt, nicht aufbringen würde. Dagegen könnten sich Kräfte und Fortschritte gerade aus der freieren Luft des Privatwaldes entwickeln. In dieser Beziehung seien heutzutage die Ausichten und Be-

dingungen vor allem beim Großwaldbesitz wesentlich günstiger geworden. Die Entwicklung müßte gefördert werden. Sie abzubrechen müßte als ein Unglück für die Forstwirtschaft betrachtet werden.

Obwohl die Tatsachen dagegen sprechen, setzt man doch seine Hoffnungen auf die viel gerühmte private Initiative. Die Sozialisierung wird abgelehnt mit Gründen, die rein privatkapitalistischer Natur sind. Den Besitzern der Forsten soll jetzt das glänzende Geschäft nicht verdorben werden. Daher schwärmt man für die — „freiere Luft des Privatwaldes“. Die Sozialisierung wäre allein ein Unglück für das Portemonnaie der Waldbesitzer.

Schwindel. Die Nationalisten sehnen wieder mal einen kommunistischen Putz herbei. Und da die Kommunisten selbst ihnen den Gefallen nicht tun, suchen süddeutsche Blätter einen solchen Putz zusammenzukombinieren. Am 1. Mai soll es losgehen, und zwar zuerst in Süddeutschland und das übrige Deutschland soll dann einfallen. Geheime Militärinstruktionen und dergleichen sind angeblich schon erteilt. Die ganze Geschichte ist Schwindel, und der Wunsch der Vater des Gedankens.

Ein Gedicht des Schweizer Parteijubilars

Geh deine Bahn!

Geh deine Bahn und laß die Leute schwätzen . . .
Die Bahn ist lang — die Leute schwätzen viel . . .
Mag Unverstand von Ort zu Ort dich hegen —
Geh deine Bahn! Denk an dein hohes Ziel!
Mag mancher Hieb dich hart und schwer verletzen,
Der schonungslos in deine Seele fiel —
Wirf ab von dir, was deine Seele umwittert!
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn, ob sich mit tausend Krallen
Der blinde Haß an deine Fersen hängt . . .
Ob auch Verleumdung dich, gestolzt von allen,
Bis an den Rand des tiefsten Abgrunds drängt —
Geh deine Bahn! Du kannst, du darfst nicht fallen,
Ob's deine Seele auch zusammenzwängt.
Kopf in die Höhe! Mit keinem Glied gezittert!
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert!

Geh deine Bahn! Laß die Philister schwätzen,
Das dies nicht möglich, das nicht tunlich sei,
Laß sie getrost sich hintern Ofen setzen
Mit ihrer blöden Rannegieherei.
Geh deine Bahn und folge den Gezeiten,
In deren Sieg die Welt wird schön und frei.
Vor deren Macht das Sklavensoch zerpfittert —
Geh deine Bahn, aufrecht und unerschüttert.

Geh deine Bahn! Sie muß zum Siege führen,
Schon weicht die Nacht, der Himmel färbt sich rot.
Schon hört man morgenfrisch die Trommel läuten
Der unterdrückten Massen Aufgebot.
Schön dröhnen Schläge an der Zukunft Türen —
Das Sturmgeschrei des Volkes um sein Brot.
Das Schloß springt bald, ob's noch so stark vergittert!
Geh deine Bahn! Aufrecht und unerschüttert!

Hermann Grenlich.

* Der Verfasser des Gedichts „Geh deine Bahn!“, Gen. Herm. Grenlich, wurde dieser Tage 80 Jahre alt.

Mk. **975:**

Das wollene Trikotkleid
(wie Zeichnung)
aus feinstem reinwollenen Kammgarntrikot — in vielen modernen Farben — sehr elegante Form mit reicher gediegener Reliefstickerei (Handarbeit)
M. 975,-

Das kunstseidene Trikotkleid
(wie Zeichnung)
aus wundervollem fließenden Material — in leuchtenden und dunklen Farben — vornehme Machart — mit dem modernen weiten Ärmel, — Rock mit seilicher aparter Zipfelgarnitur
M. 975,-

Das wollene Gabardinkleid
aus feinem reinwollenen Kammgarngabardin — helle und dunkle Farben — in 3 verschiedenen Formen — mit der neuen tiefstehenden Taille — und reicher Stickerei
M. 975,-

Abgabe nur je 1 Stück
Änderung und Zusendung ausgeschlossen

MAASSEN
Oranienstr. 165 (Am Oranienplatz) Leipziger Str. 42 (Ecke Markarofenstr.)

Ostereier

Um den ersten Frühlingsdämmerung pflegen die Hühner recht wunter und fleißig zu legen und daher pflegten auch die Produkte ihrer nachdrücklich betriebenen Tätigkeit in dieser Zeit besonders billig zu sein. Es war deshalb ebenso billig, die hübsch geformten weichen unschuldigen Dinger, Eier genannt, in den Besitzkreis mit einzubeziehen und zu Freuden-, Genuß- und Geschenkzwecken zu verwenden.

Freilich, so einfach und natürlich gibt es der Mensch nicht, wenn er einmal zu schlüchter Natur greift. Er hängt ein Käntelchen darum und bewundert damit die ursprüngliche Ratselhaftigkeit eines glücklichen Gedankens. Kindern gegenüber geht es schon gar nicht, nur natürlich zu sein. Man muß ihnen all das Wunderliche und Wunderbare einimpfen, denn wie sollten sie sonst vor einem frühen Eindringen in die Geheimnisse der Natur bewahrt bleiben und sich die Selbstverständlichkeit des Wunderglaubens, Mägdlein jedes braven Staatsbürgers, erhalten?

Man ließ also die Eier von einem eigens zum Osterhasen beauftragten Hasen legen, obwohl der biedere Lampe noch niemals in seinem dementsprechenden Leistungen irgendwelche greifbare Anhaltspunkte solch märchenhafter Geschicklichkeit und Tüchtigkeit gegeben hätte.

Aber leistet der Storch geradezu Entscheidendes für das menschliche Dasein, warum sollte nicht ein harmloses Häkchen wenigstens Eier legen können?

Der Osterhase ward Vater der Ostereier und Erzeuger der Mittelpunkt einer ganzen Industrie. Das Märchen trug die Kulturlosigkeit auf, wie das dankbare Kind seinen lieben Osterhasen den Kopf abbeißt. Das Naturfest und seine kindliche Freudehaftigkeit, die im Auffinden verpackter, buntgefärbter Eier hellsten Sonnenschein der Kinderfreude aufleuchten ließ, begünstigen einer fortgeschrittenen, von „Kultur“ und „Geschmack“ (das Wort Poesie selbst in Sanktionsfällen anzuführen, sträubt sich die Feder) wie ein Schwamm im Eisigah gefülligten Zeit nicht mehr.

Und da stehen nun all die „Ostereier“ einer begabten, erfindungsreichen und mit Hochdruck arbeitenden Industrie und machen in ihrer verschwenderischen Hülle niemand Freude außer den ganz, ganz wenigen, die sie für ihre Kinder (oder Damen) erhalten können.

Aber die Kinder des Volks schleichen vorbei und haben Tränen in den Augen, denn sie wissen, daß all die Wunderwerke aus Schokolade, Zucker, Marzipan, verziert mit Seide und Silber nur — wie alles andere in kapitalistischen Auslagen — dazu da sind, um von armut- und trübsalträueren Augen angestarrt und verschlungen zu werden.

Und die Erwachsenen haben noch weniger Freude daran, wenn sie auch nicht gerade weinen. Sie denken der Verdanden, Obdachlosen und all der himmelhochstreichenden Verelendung, die für weite Kreise des Volkes noch nicht einmal das Notwendigste zur Ernährung geschweige denn zum Genuß übrig hat.

Gewiß, vom Dugus der Erfindung des Osterhasen bis zu dem der Ostereier — und Hasenprogenindustrie war nur ein einziger Schritt.

Aber mußte es denn sein? Muß es heute, darf es heute sein? Man hat hier hierzulande gar kein Verständnis dafür, daß Ausländer unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so beurteilen, wie sie dieselben anschaulich dargestellt bekommen. Und nach diesem beschwenderischen Osterzauber muß es recht gut um Deutschland bestellt sein.

Aber danach fragen die Ostereierfabrikanten nicht. Geschäft ist Geschäft. Ganz gleich, ob es Weihnachten oder Ostern genannt wird.

Für das Volk bleibi so immer noch die Erholung der Festtagsruhe. Damit kann es seinen hungerigen Magen zum Schlafen und Träumen von Ostereiern bringen.

Der neue Stadthaushalt

Ueber eine Milliarde Defizit.

Der Berliner Stadthaushalt für das Jahr 1922 ist im Entwurf fertig gestellt und war am Dierionabend Gegenstand einer gemeinsamen Beratung zwischen dem Magistrat und den Bezirksbürgermeistern. Trotz der an vielen Stellen festgestellten Ersparnisse schließt der Stadtwurf mit einem Defizitbeitrag von über einer Milliarde Mark ab.

Wir bezweifeln, daß die Bestrebungen, den städtischen Werken eine freiere Organisationsform zu geben, solche Fehl-

beträge künftig unmöglich machen werden. Der Deputationsbeschluss, der die Einführung der kaufmännischen Buchführung in sämtlichen städtischen Betrieben vorseht, ist an sich sicher zu begrüßen. Die Erhöhung der Rentabilität städtischer Betriebe darf jedoch keinesfalls nur durch die Verteuerung der Lebenshaltung der Einwohnerschaft erfolgen.

Ueber den Etat selbst wird noch zu reden sein, wenn er in endgültiger Fassung vorliegt. Das gewaltige Defizit von einer Milliarde beweist aber, daß es unmöglich ist, die ungeheuren Lasten, die ein solches Gemeinwesen wie Berlin tragen muß, in der Hauptsache nur durch Steuern aufzubringen. Nicht nur die Einzelstaaten, sondern auch die Gemeinwesen sind bekanntlich, seitdem das Reich die Steuer- und Finanzhoheit ausübt, zu Königsganern des Reiches geworden. Die leider unausbleiblichen Fehlbeiträge können nur durch erhöhte Ueberweisungen des Reiches aus den Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuern an die Gemeinden gedeckt werden.

Die Schuld an dieser geradezu katastrophalen Entwicklung unserer städtischen Finanzverhältnisse tragen — darauf muß in diesem Zusammenhang immer wieder hingewiesen werden — in erster Linie jene Kreise, die den Krieg entfesselten und die ihn bis zur völligen Erschöpfung, bis zum vollkommenen Ruin weiterführten. Es wird unsere Aufgabe sein, dem Einfluß jener Herrschaften, der sich jetzt im Roten Hause wieder merklich fühlbar macht, wirksam entgegenzutreten.

Schulstreik

Freibereichen der Christlich-Unpolitischen.

Durch die bürgerliche Presse ging vor wenigen Tagen die Nachricht von einem Schulstreik der christlichen Eltern der 37. Gemeindeschule in Neukölln gegen die Maßnahmen der Schulbehörden. Tatsächlich liegt ein derartiger Beschluß der Elternversammlung der 37. Gemeindeschule unter Führung des „unpolitisch-christlichen“ Elternrats vor.

Dielem Beschluß liegen folgende Vorgänge zugrunde: Vor etwa einem halben Jahr beschloffen Schuldeputation und Bezirksamt von Neukölln die Verlegung der 5. Gemeindeschule (Schule ohne Religionsunterricht) aus dem Gebäude Kneisebedstraße nach dem Gebäude Mariendorfer Weg und umgekehrt die Verlegung der 37. Gemeindeschule vom Mariendorfer Weg nach der Kneisebedstraße. Die Gründe hierfür waren schultechnischer Art, vor allem war durch diese Verlegung eine vollständige und zweckdienlichere Ausnutzung der Schulräume möglich. Dieser Grund muß in Neukölln mit seinem großen Mangel an Schulräumen sehr ins Gewicht fallen. — Einen Tag nachdem die Verlegung durch die Schulverwaltung verfügt worden war, am nächsten Morgen, kam bereits eine Verfügung des Ministers — so schnell und gründlich wirkt der politische Einfluß der „Unpolitisch-Christlichen“, — die die Verlegung vorläufig unterjagte. Darauf fanden Besprechungen im Ministerium statt, ein Oberlehrer der Regierung in Potsdam untersuchte an einem ganzen Vormittag an Ort und Stelle die ganze Angelegenheit, und das schließliche Ergebnis war, daß der Minister seinen Einspruch zurückzog und dadurch die ursprüngliche Verfügung zu Recht bestand. Selbst der vollsparteiische Minister Voelckh mußte also die Maßnahmen der sozialdemokratischen Schulverwaltung gegen seine eigenen Partei- und Genußfreunde gutheißen. Doch die „Christlich-Unpolitischen“ mußten eben nicht solche politischen Reaktionsäre und von solch unchristlicher Gesinnung sein, wenn sie sich nunmehr mit diesem Bescheide begnügen würden. Eine fürchtbare Verheerung der Eltern setzte ein, und daher dieser Streikbeschluß, der sich im Grunde genommen auch gegen den Minister Voelckh wendet. Leider hat die Verheerung sich nicht nur auf die Eltern beschränkt, sondern ihre schlimmen Früchte auch an einigen Kindern gezeitigt. Nachdem der Umzug beider Schulen gut von staten gegangen war, haben einige Jungen in mehreren Klassenräumen Tintenfläßer zerbrocht, die gefüllten Tintenfläßer auf dem Boden oder an der Wand zertrümmert und dadurch nicht unerheblichen Schaden angerichtet. Wir hoffen, daß vor allem die Verföhler in vollem Maße zur Verantwortung herangezogen werden.

Es wird höchste Zeit, daß die sozialistischen Elternbeiräte dem unverantwortlichen Treiben der sich „christlich-unpolitisch“ nennenden Elternbeiräte entgegenzutreten. Dieser Neuköllner Fall wird den Arbeitereltern die Augen öffnen über

den wahren Charakter der „Unpolitisch-Christlichen“, und sie werden geschlossen bei den nächsten Elternbeiratswahlen nur sozialistische Elternbeiräte wählen.

Schulhege gegen den Achtfundentag!

Der Kampf gegen den Achtfundentag greift bereits in die Schule über. Bei der Schulfest im Dorotheenstädtischen Realgymnasium konnte der frühere schon in unseren Spalten gekennzeichnete Direktor Mahdorff dem in den Ruhestand tretenden Schulleiter zwar nicht das „Allgemeine Ehrenzeichen“ oder den „Hohenzollernischen Hausorden“ überreichen, wie sie früher den Unterbeamten und Hauptträgern aller praktischen Arbeit — für ihre Verdienste um Thron und Altar zuerkannt wurden. Dafür aber entschädigte ihn der genannte Schulmonarch durch einen um so kräftigeren Ausfall gegen eine der ersten und wichtigsten Errungenschaften der Republik, in dem er vor versammelter Schulfestgemeinschaft: „Sie sind einer von den alten preussischen Beamten, für die das herabgesetzte Wort von dem achtstündigen Arbeitstag noch keine Geltung hatte!“ —

Wer trägt also Parteipolitik in die Schule hinein und hebt die Jugend gegen die Arbeiterschaft auf? — Es sind die reaktionären Schulleiter, deren Weizen unter Herrn Voelckh jetzt lüppig blüht!

Die Tarifbewegung der städtischen Arbeiter

Der neue Schiedsspruch.

Am Karfreitag vormittag wurde im Arbeitsministerium in Sachen der städtischen Arbeiter der Schiedsspruch gefällt. Wie wir erfahren, bringt er u. a. den städtischen männlichen Arbeitern, die über ein Jahr im Dienst sind und über 24 Jahre alt sind, folgende Erhöhungen: ungelernete Arbeiter 3,00 Mark, angelehrte Arbeiter 3,04 Mark, Handwerker 3,01 Mark pro Stunde. Diese Sätze gelten für April. Für den Monat Mai sind sie um 50 Pf. pro Stunde erhöht worden. Nach uns vorliegenden weiteren Meldungen sollen die Wirtschaftsbereichen in der alten Höhe bestehen bleiben. Die Regelung der Urlaubsfrage würde, wenn unsere Informationen zutreffen, eine Verschlechterung für die städtischen Arbeiter bedeuten. Danach wird ihnen nach mindestens sechsmonatlicher Beschäftigung ein Urlaub, der in Kalendertagen ein Drittel des in dem Rechnungsjahre vollendeten Lebensalters des Betreffenden ausmacht, zuzüglich zweier weiterer Urlaubstage für jedes Dienstjahr bis zur Höchstzahl von fünf Dienstjahren, zugehen. Ein dreißigjähriger Arbeiter mit zweijähriger Dienstzeit würde also 14 Tage Urlaub erhalten. Die Einzelheiten des Schiedsspruches können wir erst nach Einsicht wiedergeben.

Wie man uns aus Kreisen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitteilt, wird sich am Mittwoch vormittag die Tarifkommission mit dem Schiedsspruch beschäftigen. Voraussichtlich wird am Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, eine Funktionärkonferenz der städtischen Arbeiter in der Backwaren-, Fäbrikstraße, dazu Stellung nehmen.

Lokalkampf in Berlin-Buckow

Mit sonderbaren Heiligen scheint es die organisierte Arbeiterchaft in Buckow bei Brix zu tun zu haben. Die Saalbesitzer weigern sich dort bereits seit dem letzten Stadtverordnetenwahlkampf, ihre Säle für Versammlungen zur Verfügung zu stellen. Statt diesen Herren für ihr „arbeiterfreundliches“ Gebaren durch Reden ihrer Lokale die verdiente Danksagung zu geben, gibt es leider noch viele Arbeiter, die sich in der wirtschaftlichen Dbbu solcher offenkundigen Feinde ihrer Sache wohlfühlen.

Diese Tatsache hat offenbar die Besitzer der Lokale Schulz und Löwke noch dreister gemacht. Sie gehen aufs Ganze. Wie uns mitgeteilt wird, sind sie bereit, ihre „geschätzten“ Räumlichkeiten der organisierten Arbeiterchaft für parteipolitische Veranstaltungen zu öffnen, wenn — die beiden Vorsitzenden der politischen Organisationen (es handelt sich um unseren Genossen Radnits und den Leiter der SPD.) sich vom politischen Leben zurückziehen.

Also geschehen vor den Toren Berlins im Jahre des Heils 1922, dreihundertzwei Jahre nach der November-Revolution. Wir zweifeln nicht daran, daß die öffentliche Bekanntgabe dieses eigenartigen Verhaltens dieser beiden Saalbesitzer den Buckower Arbeitern die Augen öffnen wird. Die Arbeiterchaft hat jedenfalls keine Ursache, den Uebermut solcher Herrschaften durch Besuch ihrer Lokalitäten noch zu stärken.



Wolffsoel

Table listing various clothing items and prices. Columns include: Damenkleidung, Kleiderstoffe, Frottier-Wäsche, Kinderkleidung, Seidenstoffe, and Wirkwaren. Items like 'Bluse a. vorzgl. weiß. Voll-Voile', 'Wollmusselin in dunklen Mustern', 'Frottier-Handtuch weiß', etc. are listed with their respective prices.

Table listing various household items and prices. Items include 'Korsette', 'Taschentücher', and 'Garten- und Balkon-Möbel'. Prices range from 22.50 to 99.00.

Cape „Genus“ aus vorzüglichem Tuch, schwarz oder modelfarb. 2250.-

Gewerkschaftliches

Zur gewerkschaftlichen Einheit

Jum internationalen Gewerkschaftskongress.
Internationale Organisierung der Frauen.

Die Bedeutung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, ihr Eintreten in allen politischen Fragen und die Förderung der internationalen Verständigung, die sie unausgesetzt und mit Erfolg betreibt, ist bereits ausführlich in einem Leitartikel von Genossin Tony Sander hervorgehoben worden. Hier interessiert uns besonders die Tagesordnung des Kongresses, der am 20. April in Rom im großen Saale des Theaters Argentina zusammentritt. Die Aufgaben des Kongresses sind ebenso bedeutungsvoll wie umfangreich und weisen 12 Verhandlungsgegenstände auf.

Außer den geschäftlichen und organisatorischen Fragen steht die Tagesordnung ein Referat über den Wiederaufbau Europas vor. Weiter ein Referat des Genossen Edo Fimmen über die Abrüstung und Krieg gegen den Arien. Der Belgier Mertens wird die Internationale Reaktion, unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um den Achtsundentag behandeln. Ferner sind u. a. vier Wahlen vorgesehen, und zwar Wahl der Länder, aus deren Vertreter der Vorstand I.O.B. sich zusammensetzen soll, ferner die Wahl der Mitglieder des Vorstandes, Wahl der Mitglieder des Büros und die Wahl der internationalen Sekretäre.

Bis jetzt liegen fünf Anträge vor, von denen drei vom Vorstand und einer auf Vorschlag des Büros eingebracht wurden. Wichtig für uns ist der Antrag 2, der die Internationale Berufssekretariate zum Inhalt hat. In ihm wird dem Kongress dringend die

Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit

Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit sowohl vom nationalen wie vom internationalen Standpunkt aus empfohlen. Ebenso wie jede gewerkschaftliche Landeszentrale dem internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen sein muß, muß es auch als selbstverständliches gelten, daß die Berufs- oder Industrieverbände der einzelnen Länder sowohl ihre gewerkschaftliche Landeszentrale, als auch ihrem internationalen Berufssekretariat angehören müssen. Es wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß alle Tatkraft einzusetzen ist, um diese wesentlichen Grundsätze zu verwirklichen.

Mit der Frage der Organisierung der Arbeiterinnen beschäftigt sich der dritte Antrag. Der Internationale Arbeiterinnenbund, der bis vor kurzem in Washington seinen Sitz hatte, stand mit dem I.O.B. in regelmäßigem und freundschaftlichem Verkehr. Auf dem Kongress 1921 in Genf fanden Besprechungen mit den Führerinnen dieser Organisation und dem I.O.B. statt, die zum Ziel hatten, eine enge Zusammenarbeit zwischen den internationalen Organisationen herbeizuführen. Es wurde die Möglichkeit in Erwägung gezogen, den Internationalen Arbeiterinnenbund so auszubauen, daß er tatsächlich die Arbeiterinnen vertritt. Das Resultat dieser Besprechungen fand darin ihren Ausdruck, daß der Arbeiterinnenbund sich in Genf ein neues Statut gab und sich vollständig auf den Boden des I.O.B. stellte. Mit ihm ist der Arbeiterinnenbund ein Bestandteil des I.O.B. geworden, der nun in seiner Wirksamkeit nach jeder Richtung kräftig unterstützt werden muß. Es soll deshalb beschlossen werden, dem Kongress in Rom den Antrag vorzulegen, daß der I.O.B. dem Internationalen Arbeiterinnenbund für die in seinen angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen organisierten Frauen beiträgt und die Beiträge für diese weiblichen Mitglieder gezahlt.

Die anderen Anträge sind organisatorischer Natur und enthalten Vorschläge zur Anstellung von Hilfssekretären und der Gruppierung der Länder, aus denen die Vorstandsmitglieder zu wählen sind.

In bedeutungsvoller Zeit tritt der diesmalige Internationale Gewerkschaftsbund zusammen und wir wollen hoffen, daß die Tagung nach jeder Richtung hin greifbare Resultate erbringen möge. Wenn ähnlich wie auf politischem, nun auch auf gewerkschaftlichem Gebiete eine internationale Verständigung noch gelingt, dann wird diesem Kongress eine überragende Bedeutung zukommen.

Kommunistische Gewaltmethoden

Die kommunistische Gewerkschaftszentrale macht, wie wir bereits früher schon ausführlich, gewaltsame Anstrengungen, um einzelne Verbände zu erobern. Insbesondere richteten sich die heftigsten Angriffe gegen den Bauarbeiterverband, worüber wir ebenfalls erst kürzlich Einiges veröffentlichten. Innerhalb des letzteren Verbandes mußte kürzlich die Gruppe der Betonarbeiter aufgelöst werden. Die „Note Fabne“ nimmt dies zum Anlaß, um gegen die „Arbeiterverräter“ in schärfster Weise zu Felde zu ziehen. Das Blatt veröffentlicht in Nr. 175, unter der Überschrift „Bauarbeiter rettet Euren Verband“ (ein Musterbeispiel frivoler Gewerkschaftszerstörung durch die Amsterdamer) eine Notiz, die die tatsächlichen Vorkommnisse entstellend wiedergibt. Wir erhalten vom Bauarbeiterverband in dieser Angelegenheit eine längere Zuschrift, die auf die Vorgeschichte des ganzen Konflikts eingeht und fast Punkt um

Punkt die schiefen Darstellungen und bewußten Lügen der „Note Fabne“ zurückweist. Wir halten es für überflüssig, diese ausführliche Zuschrift wiederzugeben, denn die „Note Fabne“ und ihre Befolgsmänner werden sich nicht davon abhalten lassen, ihre alte Methode der Gewerkschaftszerstörung aufzugeben.

Widergeben wollen wir nur zu dem speziellen Fall der Betongruppe, daß eine Versammlung, die am 14. März stattfand und die Neuwahl der Sektionsleitung vornehmen sollte, von der kommunistischen Partei einberufen war. Wegen des Verbandsstatuts wurde der Sektionsvorstand gewählt, der selbstverständlich von der Verbandsleitung nicht anerkannt werden konnte. Um aber eine ordnungsgemäße Wahl vorzunehmen, wurde vom Verband eine Sektionsversammlung einberufen, die Kollege Tornow leiten sollte. Die Türkontrolle, die Nichtmitglieder nicht einlassen sollte, wurde mit Gewalt überrannt, gegen Tornow wurde man tödlich, so daß letzten Endes der Vorsitzende gezwungen war, die Betongruppe aufzulösen. Es ist auch ganz falsch, wenn die „Note Fabne“ behauptet, die Versammlung hätte einen ruhigen und sachlichen Verlauf genommen. Tatsache ist, daß gleich bei Eröffnung derselben ein großer Tumult einsetzte, in dessen Verlauf man Tornow mit Fußtritten regalierte.

Wenn nun die Frage gestellt wird, wer die Schuld daran trägt, daß die Sektion der Betonbranche aufgelöst werden mußte, so trägt einzig und allein die verbandsschädigende Haltung der K.P.D.-Fraktion und die verheerende Schreibweise der „Note Fabne“ die Verantwortung. Würde letzteres Blatt gerecht sein wollen, so müßte es die Kritik, die es gegen die Amsterdamer legt, auch gegen ihre eigenen Genossen, die in einigen Verbänden und Branchen das Fest in den Händen haben, anlegen. Sie hütet sich aber aus wohlweislichen Gründen. Zum Schluß wird mitgeteilt, daß den Mitgliedern der Betonbranche, soweit sie auf dem Boden der Verbandslösung stehen, Gelegenheit gegeben wird, ihre Mitgliedschaft nach wie vor aufrecht zu erhalten. Es wird sich dann zeigen, wo die Mehrheit der Mitglieder steht.

Wir glauben, die Kommunisten hätten alle Veranlassung, anlässlich des Ausganges der Internationalen Konferenz in Berlin, ihre Politik gegenüber den freien Gewerkschaften etwas anders einzustellen. Denn sie kämen sonst in Gefahr, daß ihre Zustimmungserklärungen nur platonischen Wert besitzen.

Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland

Am Donnerstag, dem 20. April, beginnt der Genosse Richard Seidel im Rahmen der Volkshochschule Groß-Berlin einen Kursus über das Thema „Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland“. Im Besonderen wird die jüngere Entwicklung der deutschen Gewerkschaften unter besonderer Berücksichtigung der neueren Arbeitsgesetzgebung (Betriebsrätewesen, Tarifvertragsrecht und Schlichtungswesen) zur Erörterung gelangen. Die acht Vorträge des Kurses beginnen regelmäßig um 7 Uhr abends und enden um 10 Uhr. Das Schullokal ist in der königlichen Oberrealschule, Pasteurstr. 44/46. Die Hörgelder betragen 12,50 Mark.

Verflechtungsfaktik des Demobilisierungskommissars

Seit Dezember 1921 bestehen zwischen der Firma Nota, Waggon- und Maschinenbau G. m. b. H. und der Belegschaft Differenzen wegen der Auslegung der seit Datum gefällten Schiedssprüche und des Tarifvertrages der Metallindustrie im Gedinge verfahren. Nach mehreren Verhandlungen des Betriebsrates mit der Firma, die ergebnislos verließen, beschritt die Belegschaft den Instanzenweg. Nach zwei Terminen vor den Hauptauschuss und der drei Terminen vor dem Schlichtungsausschuss wurde am 9. März d. J. vom Schlichtungsausschuss folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Ansprüche der Belegschaft werden als berechtigt anerkannt.

Beurkundung usw.
Da die Firma dem Spruch nicht anerkannte, mußte die Verbindlichkeitsklärung durch den Demobilisierungskommissar beantragt werden. Dies geschah am 15. März. Seit Datum ist derselbe nun emsig bemüht, seine Entscheidung zu treffen. Bis heute ist aber noch keine Ansicht vorhanden, wann dies geschehen wird. Da der Geldwert von Tag zu Tag sinkt, protestiert die Belegschaft aufs schärfste gegen eine Verflechtung der Entscheidung in materiellen Fragen.

Wenn bedenkt der Demobilisierungskommissar nun endlich durch einen Beschluß den in Frage kommenden Kollegen zu ihrem ihnen ankündenden Lohn zu verhelfen. Wäre die Angelegenheit nicht solange verschleppt worden, dann hätten die Kollegen sich für den ihnen ankündenden Lohn sicher ein paar Stiefel kaufen können, was heute natürlich nicht mehr möglich ist, da heute das Geld um die Hälfte entwertet ist. Wir erwarten, daß nun endlich der Demobilisierungskommissar seine Entscheidung fällt.

Differenzen im Friseurgewerbe

Die Arbeiter im Friseurgewerbe sabotieren den Abschluß der Lohnverhandlungen. Am 20. März 1922 hat der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin einen Schiedsspruch gefällt, der die Lohn von 370 und 400 M. für Herrenfriseur und 415 M. für Damenfriseur festsetzt. In der Verhandlung über die Rechtsverbindlichkeit vor dem Demobilisierungskommissar wurde eine Einigung versucht, die aber an der Starrköpfigkeit der Arbeitgeber scheiterte. Die nicht regelrecht gelernten Friseurinnen wollen die Unternehmer auf alle Fälle aus der Lohnvereinbarung herausnehmen. Nachdem sie diese Arbeiterinnen als Waisenkinder und ähnliche Hilfskräfte angesehen haben und diese, um mehr zu verdienen, sich so weit ausbilden, daß sie als Friseurinnen Stellung nehmen konnten, wollen die Schachmacher ihnen

keine Löhne mehr zahlen. Sie behaupten, daß das gesetzliche Lehrverhältnis dadurch gefährdet sei? Der Beruf leidet an Ueberfüllung von Selbständigen und Arbeitnehmern, aber die Lehrlingszuchterei soll blühen und gedeihen, das ist Bünstlerstandpunkt. Die Argumente der Arbeitgeber: „Die Gehilfen sind alle zufrieden, tragen bessere Kleidung als ihre Arbeitgeber, können Kuchen zum Kaffee essen und sogar noch Zigaretten rauchen, und die von den ihnen „freiwillig“ gezahlten Löhne von 300 bis 370 M. reichen sehr gut zum Leben, weil der Nebenverdienst den Lohn noch übersteigt“... sind so niedrig, so erfüllt von Mißgunst und Engherzigkeit, daß sich unsere vernünftigen Arbeitgeber ihrer Vertreter schämen müssen. Unverschämte ist die Zustimmung, die Sätze des Schiedsspruches mit Ausnahme der für die nicht regelrecht gelernten Friseurinnen ab 16. April 1922 als „Freiwillige Vereinbarung“ gelten zu lassen unter der Bedingung, daß die Gehilfenschaft bei der bevorstehenden Erhöhung der Bedienungspreise keine Lohnerhöhung fordert! Nachdem also die Verhandlungen acht Wochen lang im Gange sind, wollen die Herrschaften unter schweren Konzeptionen für die Gehilfenschaft „freiwillig“ die durch Schiedsspruch festgelegten Lohnsätze zahlen, um die Arbeit der Arbeitnehmer-Organisationen herabsenken zu können. Sollte der Demobilisierungskommissar in Verkenntung des wahren Sachverhaltes die Rechtsverbindlichkeit nicht erklären, wird die Gehilfenschaft den Arbeitgebern die Antwort nicht schuldig bleiben können.

„Abschlußgratifikationen“

Amerikanische Szenen in den Berliner Großbanken spielen sich am letzten Arbeitstage vor Ostern ab. In Uebereinstimmung mit dem vom Allgemeinen Verband der Deutschen Bankangestellten vertretenen Standpunkt, daß die im Jahre 1921 vereinbarten, unter der irreführenden Bezeichnung „Abschlußgratifikation“ einbehaltenen Einkommensanteile jetzt endlich ausgezahlt werden müßten, verlangte die Angestelltenchaft in großer Anzahl die Auszahlung dieser Bezüge noch vor dem Osterfest. Als der Reichsverband der Bankleitungen generell die Auszahlung den ihnen angeschlossenen Bankbetrieben verbot, bemächtigte sich der Angestelltenchaft eine ungeheure Erregung. Die Direktionskabinette wurden regelrecht belagert, und der Sturm konnte nur dadurch beschworen werden, daß die Bankdirektionen entgegen der Befehle des Reichsverbandes Vorläufe auf die Gratifikation bzw. das Monatsgehalt auszahlen ließen. Aus dem Reiche werden ähnliche Vorkommnisse gemeldet. Es ist bedauerlich, daß der Bankenerverband dem durch den schlechten Schiedsspruch ohnehin mächtig aufgeregten Feuer der Unzufriedenheit der Angestellten unvorsichtigerweise neuen Brennstoff hinzusetzt, wie es im vorliegenden Falle durch das Dr. Rodersche Verbot der Vorzahlungsbilligung geschehen ist.

Stad- und Gipfaberhandlung! Durch Verhandlung mit den Arbeitgebern der freien Vereinigung der Inhaber von Bildhauer- und Stadtschäften und dem Verband der Bauarbeiter von Groß-Berlin ist für die Zeit vom 18. bis 20. April folgendes Lohnabkommen getroffen: Bildhauer (Mindestlohn) 24,00 M., Stadtschäfte, Kofschäfte, Rohb- und Zementdrahtpuder, sowie Plattenscher 24,00 M., Kabinenpanner 25,50 M., Fuderträger 23,25 M., Hilfsarbeiter 21,00 M. Die Verzugentilgung ist in den Löhnen mitenthalten. Obgleich im Schiedsspruch vom 13. März die Löhne vom 1. März bis 30. April festgelegt sind, für die obenangeführte Zeit die erhöhten Löhne zu zahlen. Weitere Verhandlungen für das Lohnabkommen vom 1. Mai finden in der nächsten Woche statt. Wir erwarten nun von den Kollegen, daß sie in jeder Hinsicht Disziplin üben und sich an die vereinbarten Löhne halten. Die Sektionsleitung

Gewerkschaftsunterkommission Spandan. Eine wichtige Konferenz findet am Donnerstag, dem 20. April, abends 7 1/2 Uhr, für alle Betriebsratsmitglieder, Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierte und Betriebsobleute im Kasino der Deutschen Werke, Berliner Straße, statt.

Die U.S.P.-Mitglieder obiger Kommissionen verlameln sich in einer wichtigen Besprechung im kleinen Saal des Kasinos bereits 6 1/2 Uhr. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert die Anwesenheit aller Genossen.

Bergmann-Werke Rosenhof. Am Mittwoch, dem 19. April, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet im Saal von Schneider, Rosenhof, Hauptstraße, eine wichtige Versammlung aller auf dem Boden der U.S.P.D. stehenden Kollegen und Kolleginnen statt. Sehr wichtige Tagesordnung. Undersingtes Erscheinen notwendig.

Auspeerrung der Holzarbeiter in der Schweiz. Die angekündigte Auspeerrung hat am 3. April begonnen. An manchen Orten hatten es die Unternehmer mit der Schließung der Betriebe noch eiliger. Die Auspeerrung ist aber keineswegs so allgemein, wie es die Schachmacher wünschten. In Basel und in einer Reihe anderer Städte wurde nicht ausgepeerrt. In der Schweizerischen Holzarbeiterzeitung wird die Zahl der Ausgepeerrten auf 1800 geschätzt. Ob damit der Höhepunkt erreicht ist, steht noch nicht fest. Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, die nach erfolgter Auspeerrung anabehut wurden, blieben erfolglos.

besonders empfohlen bei



Togal

Sicht,
Rheuma,
Ischias,

Grippe,
Hexenschuß,
Nerven Schmerzen.

Togal löst die Schmerzen und heilt die Ursache aus. In allen Fällen erl. Best. 64,7, Acid. acet. 2,10%, Chinin, 12,6%, Lithium, ad 100 Anhydram.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Haub, Berlin; für den Inhaltenteil und geschäftliche Mitteilungen Ludw. Kammerling, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Strimbeck, G. m. b. H., Berlin, E. B. 68, Ritterstraße 75.

Soeben erschienen!

Weltfeiertag

Festzeitung zum 1. Mai

Preis 2.— Mark

Händlern hoher Rabatt

Buchhandlung „Freiheit“

Berlin E. 2 Breite Str. 8—9

Möbel

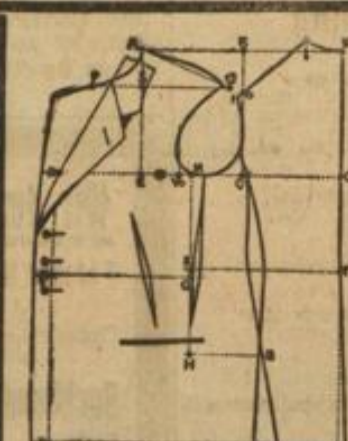
solange der Vorrat reicht, noch zu billigen Preisen gegen Bar und Teilzahlung

Bürgerliche Wohnungsanlag. Wohn-, Schlafzim. Speise-, Herrenzim. in großer Auswahl

Einzelne Möbel Farbige Küchen

Beiser

Lothringer Straße 67.



Herrn-Sakko

Privat Zuschneideschule Friedrich Biallas

Berlin W 10, Leipziger Straße 33.

Erstklassige kunstgewerblich. Fachschule für das gesamte Bekleidungs-gewerbe. Gewerbenhafte fachmännische Ausbildung in der Zuschneidekunst neuerlicher Männer und Frauenkleidung.

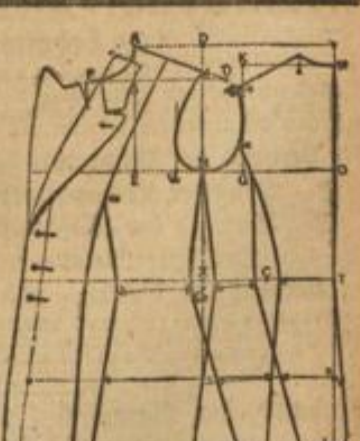
Die Vorzüge der Lehrmethode sind:

- Tadellose elegante Schnittform!
- Einfachste Verarbeitungswesen!
- Vornehme Linienführung!
- Leichteste Schnitzaufstellung!
- Präziseste Arbeit!

Beginn neuer Kurse regelmäßig zu Anfang jedes Monats. Man fordere Lehrplan und Prospekt! Ab 1. Januar 1922 neu herausgegeben

Bekleidungskunst und Mode

Fachzeitung für das gesamte Schneidergewerbe mit Schnittaufstellung. Bezugspreis: M. 10.— das Vierteljahr.



Damen-Jacke

Zuschneidelehrbücher.

Das ganze Wissensgebiet der Zuschneidekunst sowie die gesamte Technik der neuesten Schneiderei ist hier in leicht verständlicher Weise niedergeschrieben.

Lehrbuch für Herrenkleidung (einschl. der gesamten Bekleiderei und einem Anhang der Schnittaufstellung für einseitige, schiele und verwachsene Personen kostet)..... M. 150.—
Ohne Bekleiderei..... M. 110.—
Bekleiderei allein..... M. 50.—

Lehrbuch f. Damengarderobe (einschl. Warenkunde, Kaufmann, Wissen, Aesthetik, Farblehre und Trachtenkunde kostet nur)..... M. 100.—

Konstruktions-Winkel zum technischen Schnittzeichnen für Herren- und Damenschneider mit Anleitung zum Selbstunterricht M. 100.—

